

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jutta Krellmann, Klaus Ernst, Susanna Karawanskij, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/1201 –**

Befristete Beschäftigung in Bundesministerien, nachgelagerten Ämtern und Behörden

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Zahl der befristet Beschäftigten hat sich gesamtwirtschaftlich in den vergangenen 20 Jahren verdreifacht. Insbesondere die Befristungen ohne sachlichen Grund haben einen deutlichen Anstieg erfahren. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie sich die befristete Beschäftigung in den Bundesministerien, nachgelagerten Ämtern und Behörden entwickelt hat.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Nicht für alle Inhalte der Fragen liegen Erkenntnisse vor. Das Statistische Bundesamt führt eine Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst. Soweit für einzelne Fragen in dieser Personalstandstatistik keine Auswertungen zur Verfügung stehen, werden in den Antworten die in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ermittelbaren Angaben gemacht. Zu berücksichtigen ist auch, dass Angaben zu ausgeschiedenen Beschäftigten oftmals nicht mehr vorhanden und daher in der Beantwortung nicht enthalten sind. Die Aussagekraft von Angaben für vergangene Jahre ist deshalb vermindert.

Vor diesem Hintergrund ist darauf hinzuweisen, dass sich Bund und Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen 2014 darauf verständigt haben, die Entwicklung befristeter Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst bis September 2015 wissenschaftlich aufarbeiten und bewerten zu lassen.

1. Wie hoch waren im Zeitraum von 2004 bis 2013 die Zahl und der Anteil der in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden befristet Beschäftigten, und wie stellen sich jeweils die Anteile im Vergleich zur Gesamtwirtschaft dar (bitte jeweils jährlich insgesamt angeben sowie

nach Bundeskanzleramt und Bundesministerien mit den entsprechenden Bundesämtern bzw. -behörden und Instituten aufschlüsseln)?

2. Wie hoch waren die Zahl und der Anteil der in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden befristet Beschäftigten im Zeitraum von 1993 bis 2003 (bitte jeweils jährlich insgesamt angeben sowie nach Bundeskanzleramt und Bundesministerien mit den entsprechenden Bundesämtern bzw. -behörden und Instituten aufschlüsseln)?

Die Fragen 1 und 2 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Für die Jahre 2004 bis 2011 wird auf die Angaben in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu Frage 17 (Bundestagsdrucksache 17/12248, S. 6) vom 1. Februar 2013 verwiesen. Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit sind für den Zeitraum von 1993 bis 2003 keine belastbaren Angaben möglich. Angaben für die Jahre 2012 und 2013 aufgeschlüsselt nach Einzelplänen des Bundeshaushalts ergeben sich aus Anlage 1. Die auf Zahlen des Statistischen Bundesamts beruhenden Angaben berücksichtigen den unmittelbaren Bundesdienst einschließlich der Ortskräfte bei Vertretungen des Bundes im Ausland. Nicht enthalten sind dagegen geringfügig Beschäftigte. Die Angaben beziehen sich jeweils auf den Stichtag 30. Juni eines Jahres.

Hinsichtlich der Angaben für die Gesamtwirtschaft wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 1. April 2014 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu Frage 1 (Bundestagsdrucksache 18/1029, S. 1 ff.) verwiesen.

3. Wie hoch werden die Zahl und der Anteil der befristet Beschäftigten nach aktueller Planung im Jahr 2014 liegen?

Bezogen auf die Bundesverwaltung insgesamt ist für das Jahr 2014 nach aktueller Planung keine erhebliche Veränderung gegenüber dem Jahr 2013 zu erwarten.

4. Welche personalwirtschaftlichen Vorgaben gibt es derzeit in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden für die Ausfertigung von befristeten Arbeitsverträgen zum Beispiel im Hinblick auf Befristungsquoten oder Befristungen von bestimmten Personengruppen oder Tätigkeitsbereichen (bitte die Vorgaben nach Bundeskanzleramt und Bundesministerien mit den entsprechenden Bundesämtern bzw. -behörden und Instituten aufschlüsseln)?

Bei der Befristung eines Arbeitsvertrags sind vielfältige Vorgaben, u. a. aus Gesetz (z. B. § 14 des Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge – TzBfG) und Tarifvertrag (z. B. § 30 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst – TVöD) sowie allgemeine haushalterische Rahmenbedingungen (z. B. Mittel- und Stellenverfügbarkeit laut Haushalts- und Stellenplan) zu beachten. Da vielfach über Bedarf ausgebildet wird, ist die Bundesverwaltung generell bestrebt, ehemaligen Auszubildenden zumindest einen befristeten sachgrundlosen Anschlussvertrag anzubieten (ggfs. in Abhängigkeit von der Abschlussnote), wenn mangels freier Planstellen und Stellen keine unbefristete Übernahme erfolgen kann. Darüber hinausgehende personalwirtschaftliche Vorgaben der einzelnen Ressorts sind in nachfolgender Tabelle dargestellt.

	Beschreibung eventueller personalwirtschaftlicher Vorgaben	wo geregelt/festgelegt	für welchen Bereich geregelt/festgelegt	Anmerkungen
BMVg	Vorrangige befristete Beschäftigung ist zu prüfen	Haushaltsstellenantragsverfahren auf Ebene Bundesoberbehörde	Zuständigkeitsbereich Haushaltsstellenvergabeverfahren auf Ebene Bundesoberbehörde	Wegen der nach wie vor durchzuführenden Personalanpassung wird durch den Abschluss befristeter Arbeitsverträge sichergestellt, auf die noch auszuplanenden strukturellen Veränderungen personalwirtschaftlich reagieren zu können
BMVI	Befristete Übernahme von Auszubildenden außerhalb von § 16a TVAöD	Erlass	BMVI + GB	Festlegungen zu bedarfsunabhängigen befristeten Anschlussbeschäftigungen von Auszubildenden nach bestandener Abschlussprüfung
BMVI	Befristete Vertretungen, insbes. Elternzeit	intern	BMVI	Ermöglicht die Rückkehr der Vertretenen auf ihren bisherigen Dienstposten
BMG	Befristete Übernahme von Auszubildenden außerhalb von § 16a TVAöD	zukünftige Dienstvereinbarung Ausbildung	RKI	Verabschiedung der Dienstvereinbarung noch in diesem Halbjahr
BMAS	Befristete Übernahme von Auszubildenden außerhalb von § 16a TVAöD	Dienstvereinbarung; interne Festlegungen in jeweiligen Dienststellen	BMAS, BAG, BSG, BAuA, Bundesversicherungsamt (BVA)	interne Festlegungen zu bedarfsunabhängigen befristeten Anschlussbeschäftigungen von Auszubildenden nach bestandener Abschlussprüfung (in Abhängigkeit von der Prüfungsnote)
BMAS	Obergrenze von 35 befristet Beschäftigten für das BVA. Überschreitung nur mit Zustimmung des BMAS.	Festlegung des BMAS: Schreiben des BMAS vom 05.08.2013 sowie E-Mail des BMAS vom 13.08.2013	Gesamtes BVA	Festlegungen gelten bis auf weiteres.

5. Wie hat sich im Zeitraum von 2004 bis 2013 der Anteil der befristeten Arbeitsverträge bei Neueinstellungen in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden entwickelt (bitte jeweils jährlich insgesamt angeben sowie nach Bundeskanzleramt und Bundesministerien mit den entsprechenden Bundesämtern bzw. -behörden und Instituten aufschlüsseln)?

Die Angaben sind in Anlage 2 dargestellt. Für die Jahre 2005 bis 2012 wurde der Anteil befristet Beschäftigter an den Neueinstellungen auf Basis der Daten in der Antwort der Bundesregierung vom 22. Juli 2013 auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Frage 11 (Bundestagsdrucksache 17/14410, S. 10 f.) berechnet. Die übrigen Angaben wurden mittels Ressortabfrage erhoben. Zu beachten ist, dass den ausgewiesenen Anteilen an befristeter Beschäftigung bei den Neueinstellungen sehr unterschiedliche Fallzahlen zugrunde liegen.

6. Wie haben sich im Zeitraum von 2004 bis 2013 die Zahl und der Anteil der in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden sachgrundlos befristet Beschäftigten entwickelt (bitte jeweils jährlich insgesamt angeben sowie nach Bundeskanzleramt und Bundesministerien mit den entsprechenden Bundesämtern bzw. -behörden und Instituten aufschlüsseln)?

Wie hoch war jeweils der Anteil der sachgrundlosen Befristungen an allen befristeten Arbeitsverträgen?

Die in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ermittelbaren Angaben sind in Anlage 3 dargestellt.

7. Aus welchen sachlichen Gründen werden Beschäftigte in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden derzeit befristet eingesetzt (bitte die fünf häufigsten sachlichen Gründe mit Fallzahlen auflisten)?

Die fünf häufigsten sachlichen Gründe (genaue Fallzahlen liegen für die Bundesverwaltung insgesamt nicht vor), die für eine Befristung benannt wurden, sind:

- Vorübergehender Arbeitskräftebedarf, § 14 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 TzBfG,
- Vertretung, § 14 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 TzBfG,
- Erstanstellung im Anschluss an Ausbildung/Studium, § 14 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 TzBfG,
- in der Person liegende Gründe, § 14 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 TzBfG,
- Vergütung aus Haushaltsmitteln für befristete Beschäftigung, § 14 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 TzBfG.

8. Wie viele der befristet Beschäftigten sind im Zeitraum von 2004 bis 2013 jeweils in ein festes Arbeitsverhältnis in einer der oben genannten Dienststellen übernommen worden?

Welchem Anteil an allen befristet Beschäftigten entspricht dies in den einzelnen Jahren?

Wie stellen sich die Übernahmequoten jeweils im Vergleich zur Gesamtwirtschaft dar?

9. Wie viele der in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden befristet Beschäftigten haben im Zeitraum von 2004 bis 2013 nach Ablauf der Befristung erneut einen befristeten Arbeitsvertrag abgeschlossen, und wie viele haben die Dienststelle verlassen (bitte jährlich darstellen)?

10. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Anzahl von befristet Beschäftigten in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden vor, die im Zeitraum von 2004 bis 2013 mehrmals hintereinander befristete Arbeitsverträge abgeschlossen haben?

Die Fragen 8 bis 10 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Aus der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes für den öffentlichen Dienst ist es diesem nicht möglich, befristet Beschäftigte nach erstmaliger oder mehrmaliger Befristung aufzuschlüsseln.

Angaben für die Jahre 2004 und 2013 wurden mittels Ressortabfrage erhoben. Für Angaben für die Jahre 2005 bis 2012 wurde auf Daten aus der Antwort der Bundesregierung vom 22. Juli 2013 auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Frage 12 (Bundestagsdrucksache 17/14410, S. 11) zurückgegriffen und die dort ressortweise gemeldeten Zahlen hier aufaddiert sowie um Angaben für das Bundeskanzleramt (einschließlich des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA) ergänzt.

Oftmals ist zur Erhebung der Daten eine händische Auswertung aller Personalakten notwendig. Dies war vielfach in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Eine verwertbare, aussagekräftige Angabe für den Bund zum Anteil der jeweiligen erfragten Beschäftigten an den insgesamt (befristet) beim Bund Beschäftigten ist daher nicht möglich. Für das Jahr 2013 ist die Datenlage am besten. Legt man nur die Zahl der befristet Beschäftigten derjenigen Ressorts zugrunde, die Angaben zur Entfristung/Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis melden konnten (13 612 befristet Beschäftigte), ergibt sich für das Jahr 2013 ein Anteil von rund 8 Prozent für die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

	Entfristung/Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis	Verlängerung der Befristung/ erneutes befristetes Arbeits- verhältnis	Ende des Arbeitsverhältnisses mit Vertragsablauf/Dienststelle verlassen
2004 ¹	131	65	2 033
2005 ²	257	238	122
2006	265	288	156
2007	403	380	262
2008	523	496	421
2009	757	595	592
2010	601	704	571
2011	480	760	678
2012	568	938	605
2013	1 097 ³	1 928 ⁴	1 426 ⁵

¹ Angaben waren nur möglich für BMVg, Teile des Bereichs BK (einschließlich BKM und BPA), Teile des BMI-Ressorts, Teile des BMG-Ressorts, Teile des BMFSFJ-Ressorts sowie teilweise für das BMFSFJ-Ressorts.

² Für die Jahre 2005 bis 2012 kann der Beantwortung der Kleinen Anfrage vom 16. Juli 2013 (Bundestagsdrucksache 17/14311) in der Antwort auf Frage 12 (Bundestagsdrucksache 17/14410) entnommen werden, welche Ressortmeldungen jeweils für welche Jahre möglich waren. Für den Bereich BK (einschließlich BKM und BPA) sind für 2005 bis 2012 jeweils für Teilbereiche Angaben möglich gewesen.

³ Angaben waren nur möglich für BMU, BMVI, BKM, BMG, BMAS, BMEL, BMWi, BMF, BMVg, BMFSFJ, BPA, BMI sowie teilweise für BMJV.

⁴ Angaben waren nur möglich für BMBF, BMU, BMVI, BKM, BMG, BMAS, BMEL, BMWi, BMF, BMVg, BPA, BK, BMI sowie teilweise für BMJV und BMFSFJ.

⁵ Angaben waren nur möglich für BMZ, BMBF, BMU, BMVI, BKM, BMG, BMAS, BMEL, BMWi, BMF, BMVg, BK, BMI sowie teilweise für BMJV und BMFSFJ.

Für Angaben zur Gesamtwirtschaft wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 1. April 2014 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu den Fragen 3 und 4 (Bundestagsdrucksache 18/1029, S. 4 f.) verwiesen.

11. Für welche Tätigkeiten werden die befristet Beschäftigten in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden derzeit hauptsächlich eingesetzt (bitte die zehn meist ausgeübten Tätigkeiten mit entsprechenden Fallzahlen auflisten)?

Befristet Beschäftigte wurden für ganz unterschiedliche Tätigkeiten eingesetzt; die zehn meist ausgeübten Tätigkeiten (genaue Fallzahlen liegen für die Bundesverwaltung insgesamt nicht vor) waren:

- Sachbearbeiter/Bürosachbearbeiter,
- Referenten,
- wissenschaftliche Mitarbeiter,
- IT-Projektarbeit,
- Botendienst/Fahrer,
- Registratur,
- Vorzimmerdienst,
- Handwerker/Kammerberufe/Wasserbauer,
- technische Tätigkeiten/Ingenieure,
- Köche/Verpflegungspersonal.

12. Wie waren im Zeitraum von 2004 bis 2013 die durchschnittlichen Beschäftigungsdauern der befristet Beschäftigten in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden (bitte getrennt nach zeitlicher und sachlicher Befristung darstellen)?

Wie stellen sich die Beschäftigungsdauern im Vergleich zur Gesamtwirtschaft dar?

Die Angabe einer für den Bund insgesamt durchschnittlichen Beschäftigungsdauer auf Basis der beim Bund insgesamt zeitlichen und sachlichen Befristungen ist aufgrund der oftmals nur für Teile der Bundesverwaltung ermittelbaren Angaben zur Beschäftigungsdauer nicht möglich. Die in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ermittelbaren Angaben sind in Anlage 4 dargestellt.

Ergebnisse über die durchschnittliche Dauer der befristet Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft stehen im Statistischen Bundesamt nicht zur Verfügung.

Es können Ergebnisse aufgegliedert nach Beschäftigungsdauer „unter 1 Monat bis 36 Monaten“ und „mehr als 36 Monate“ dargestellt werden. Eine Trennung der Angaben aus dem Mikrozensus nach zeitlicher und sachlicher Befristung ist dem Statistischen Bundesamt nicht möglich. Ergebnisse für das Jahr 2013 liegen noch nicht vor.

Ergebnisse Mikrozensus

Jahr ¹	Abhängig Erwerbstätige mit befristeter Beschäftigung (ohne Auszubildende) Deutschland Angaben in 1 000	
	unter 1 Monat bis 36 Monate	mehr als 36 Monate
2004	2 076	310
2005	2 655	364
2006	2 942	371
2007	2 918	312
2008	3 084	298
2009	3 052	281
2010	3 143	294
2011	3 151	328
2012	2 930	326

¹ ab 2005 Jahresdurchschnitt

13. Wie setzen sich die befristet Beschäftigten in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden derzeit nach Vollzeit-/Teilzeitarbeit, Geschlecht, Alter, Behinderung und Staatsbürgerschaft zusammen?

Im Jahr 2013 waren rund 51 Prozent der befristet Beschäftigten weiblich und rund 49 Prozent männlich. Von den befristet Beschäftigten waren rund 77 Prozent in Vollzeit und rund 23 Prozent in Teilzeit beschäftigt.

Die befristet Beschäftigten waren in folgende Altersgruppen verteilt:

Altersgruppe unter 30 Jahre	rd. 36 Prozent,
Altersgruppe 30 bis 39 Jahre	rd. 34 Prozent,
Altersgruppe 40 bis 49 Jahre	rd. 18 Prozent,
Altersgruppe 50 bis 59 Jahre	rd. 9 Prozent,
älter als 60 Jahre	rd. 2 Prozent.

Abweichungen der Summe aller Angaben insgesamt zu 100 Prozent ergeben sich aufgrund der Rundung.

Angaben zu Staatsangehörigkeit und Behinderung von befristet Beschäftigten werden vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der Personalstandstatistik nicht erhoben.

Bei der Auswertung der aktuellen Daten ist aufgefallen, dass es im Vorjahr bei den Datenlieferungen für die Beantwortung einer ähnlichen Frage in der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/12248, Antwort zu Frage 23, zu einer Verwechslung gekommen ist. An dieser Stelle sollen daher die damaligen Angaben für das Jahr 2011 richtiggestellt werden: Im Jahr 2011 waren rund 49 Prozent der befristet Beschäftigten weiblich und rund 51 Prozent männlich. Von den befristet Beschäftigten waren rund 77 Prozent in Vollzeit und rund 23 Prozent in Teilzeit beschäftigt.

Anlage 1

Zahl und Anteil der befristeten Beschäftigten nach Jahren

Einzelpläne	Jahr	Arbeitnehmer mit Zeitvertrag	
		Anzahl	Anteil an den Beschäftigten in % in Prozent
Auswärtiges Amt (einschließlich Ortskräfte bei Vertretungen des Bundes im Ausland)	2012	1.353	11,8
	2013	1.599	13,8
Bundeskanzleramt (einschl. BKM und BPA)	2012	253	6,6
	2013	267	7,7
Bundesministerium des Innern	2012	1.576	2,8
	2013	1.676	3,0
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	2012	247	5,1
	2013	284	5,9
Bundesministerium der Finanzen	2012	332	0,8
	2013	455	1,0
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	2012	1.504	15,9
	2013	1.763	18,2
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ¹	2012	1.319	24,5
	2013	1.494	27,6
Bundesministerium der Verteidigung (ohne militärisches Personal)	2012	3.574	4,2
	2013	3.409	4,2
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	2012	161	10,1
	2013	320	18,6
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	2012	297	11,0
	2013	269	10,1
Bundesministerium für Gesundheit	2012	840	22,7
	2013	964	25,5
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	2012	1.667	6,6
	2013	1.863	7,5
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ²	2012	732	21,1
	2013	757	21,5
Bundesministerium für Bildung und Forschung	2012	81	7,9
	2013	91	9,0
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	2012	72	10,9
	2013	82	10,5
Insgesamt	2012	14.008	5,4
	2013	15.293	6,0

Quelle : Statistisches Bundesamt

¹ Allgemeiner Hinweis des BMEL: Der wissenschaftlich ausgerichtete Geschäftsbereich des BMEL hat seit Jahren einen hohen Anteil an befristet Beschäftigten. Der Geschäftsbereich übernimmt zahlreiche wissenschaftliche Forschungsprojekte und Aufgaben, die ihrer Natur nach befristet sind. Daher besteht bei den Einrichtungen des Geschäftsbereichs im Vergleich zu anderen Ressorts ohne wissenschaftlichen Geschäftsbereich im Umgang mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen eine andere Praxis.

² Allgemeiner Hinweis des BMUB: Das Umweltbundesamt (UBA) hat als wissenschaftliche Behörde seit Jahren einen hohen Anteil an befristeten Beschäftigten. Das UBA übernimmt zahlreiche wissenschaftliche Forschungsprojekte und Aufgaben, die befristet sind. Dadurch hat es andere Möglichkeiten und eine andere Praxis im Umgang befristeten Beschäftigungsverhältnissen.

Anlage 2

Anteil der befristet Beschäftigten an den Neueinstellungen; Angaben in Prozent (Ministerien/Behörden einschließlich Geschäftsbereich)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
BK (inkl. BKM und BPA) ¹	9	14	21	25	22	25	32	36	26	34
AA ²	k.A.	53	24	57	62	56	43	62	65	56
BMI ³	12	25	37	52	54	51	48	61	65	54
BMJV ⁴	49	100	100	100	87	94	96	91	80	79
BMF	k.A.	40	37	49	53	38	43	47	65	34
BMWi ⁵	65	82	86	85	79	85	88	88	88	81
BMAS ⁶	41	80	79	78	84	74	73	83	74	74
BMEI	k.A.	84	78	66	78	88	89	92	90	93
BMVg	80	k.A.	82	75	74	66	39	54	79	86
BMFSFJ ⁷	76	50	74	86	71	66	66	79	85	94
BMG ⁸	93	79	79	83	75	77	75	84	92	94
BMVI	k.A.	30	32	47	50	53	63	77	76	67
BMUB	k.A.	81	80	80	85	69	78	82	89	77
BMBF	74	74	78	79	68	76	69	89	97	62
BMZ	50	18	21	38	25	26	19	21	25	29

¹ BK ohne Ausbildungsverhältnisse

² 2004 Datenbestände aufgrund datenschutzrechtlicher Vorgaben eingefroren bzw. werden nicht mehr vorgehalten.

³ 2004 inkl. THW, BpB, Bundesverwaltungsamt und BAMF, ohne BBK und BPol, da Meldung nicht möglich war; BDBOS erst 2007 eingerichtet. Daten für 2004 bis zum 1. Quartal 2013 nicht vollständig wegen datenschutzrechtlicher Vorschriften und Löschfristen im Personalverwaltungssystem EPOS.

⁴ 2004 bis 2007 unvollständig, da die abgefragten Daten infolge zu beachtender Aufbewahrungs- / Löschungsfristen teilweise nicht mehr vorliegen bzw. in der für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu ermitteln sind.

⁵ 2004 für eine Behörde keine Daten mehr vorhanden. Die Genauigkeit und Belastbarkeit der mit Hilfe verschiedener Personaldatenysteme erhobenen Daten sind aufgrund der Anwendung datenschutzrechtlicher Bestimmungen (insbes. Lösungsfristen nach Ausscheiden von Beschäftigten) für die Jahre vor 2013 teilweise eingeschränkt. Diese Einschränkungen können im Übrigen auch dazu führen, dass frühere Auswertungen zu gleichgelagerten Anfragen zum jetzigen Zeitpunkt für frühere Jahre nicht mehr widerspruchsfrei verifizierbar sind, da die Datenbestände in bestimmten Systemen (z.B. EPOS) insoweit dynamisch angelegt sind.

⁶ Angaben beziehen sich auf den unmittelbaren Bundesbereich. 2004 in einer Behörde nicht mehr ermittelbar; 2004 und 2005 ohne BMAS, da Gründung erst am 22.11.2005 erfolgte. Angaben insgesamt für vergangene Jahre wenig aussagekräftig, da aus datenschutzrechtlichen Gründen Daten zu ausgeschiedenen Beschäftigten oftmals nicht mehr gespeichert und daher in der Beantwortung nicht enthalten sind.

⁷ 2004 ohne GB

⁸ 2004 ohne BfArM und RKI, Daten nicht ermittelbar

Anlage 3

Zahl und Anteil der sachgrundlos befristeten Beschäftigten nach Jahren

Einzelpläne	Jahr	sachgrundlos befristet Beschäftigte	Anteil an allen befristet Beschäftigten	Anteil an allen Beschäftigten
Auswärtiges Amt	2004	k.A.	k.A.	k.A.
(einschließlich Ortskräfte bei Vertretungen des Bundes im Ausland) ¹	2005	k.A.	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.	k.A.
	2012	k.A.	k.A.	k.A.
	2013	5	k.A.	k.A.
Bundeskanzleramt	2004	k.A.	k.A.	k.A.
(einschl. BKM und BPA) ²	2005	34	60%	1%
	2006	28	38%	1%
	2007	47	41%	1%
	2008	65	41%	2%
	2009	55	32%	1%
	2010	90	53%	2%
	2011	89	40%	2%
	2012	64	25%	2%
	2013	98	37%	3%
Bundesministerium des Innern ³	2004	21	k.A.	k.A.
	2005	44	k.A.	k.A.
	2006	106	k.A.	k.A.
	2007	151	k.A.	k.A.
	2008	308	k.A.	k.A.
	2009	373	k.A.	k.A.
	2010	393	k.A.	k.A.
	2011	529	k.A.	k.A.

¹ Das AA führt keine Statistik über die Art der Befristung. Üblich sind sachgrundlose Befristungen; zum Beispiel wegen Verlängerung über den für sachgrundlose Befristungen zulässigen Maximalzeitraum werden allerdings häufig auch mit Sachgrund befristete Verträge geschlossen. Angabe für 2013 betrifft nur DAI. Eine verwertbare, aussagekräftige Angabe zum Anteil an den insgesamt (befristet) Beschäftigten im Ressort AA ist daher nicht möglich.

² Für das Jahr 2004 können keine verlässlichen Angaben gemacht werden, da im Rahmen der Auswertung Abweichungen zwischen Daten in den Personalstellen und dem Statistischen Bundesamt in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht hinreichend aufgeklärt werden konnten.

³ Folgende Angaben waren nicht möglich: BPol 2004 bis 2012, Bundesverwaltungsamt 2004 und 2005, BKA 2004 bis 2008, BAMF 2004 bis 2011, BBK 2004 bis 2009, StBA 2004 bis 2010. Die Daten werden nicht vorgehalten und eine zeit- und arbeitsintensive Prüfung zur Erfassung in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit war nicht möglich. Vor diesem Hintergrund sind bis zum Jahr 2012 keine verwertbaren, aussagekräftigen Angaben zu Anteilen an den insgesamt (befristet) Beschäftigten im Ressort BMI möglich. Die BDBOS wurde erst im Jahr 2007 eingerichtet.

	2012	721	k.A.	k.A.
	2013	855	51%	2%
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ⁴	2004	16,2	k.A.	k.A.
	2005	16,5	k.A.	k.A.
	2006	13	k.A.	k.A.
	2007	17	k.A.	k.A.
	2008	54,5	k.A.	k.A.
	2009	76,9	k.A.	k.A.
	2010	120,2	k.A.	k.A.
	2011	129,5	k.A.	k.A.
	2012	110,1	45%	2%
	2013	125,3	44%	3%
Bundesministerium der Finanzen ⁵	2004	k.A.	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.	k.A.
	2012	k.A.	k.A.	k.A.
	2013	59	13%	0%
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ⁶	2004	37	k.A.	k.A.
	2005	58	k.A.	k.A.
	2006	146	k.A.	k.A.
	2007	204	k.A.	k.A.
	2008	247	k.A.	k.A.
	2009	324	k.A.	k.A.
	2010	207	k.A.	k.A.
	2011	195	k.A.	k.A.
	2012	319	k.A.	k.A.
	2013	454	k.A.	k.A.
Bundesministerium für	2004	k.A.	k.A.	k.A.

4 Die Angaben sind unvollständig, da die abgefragten Daten infolge zu beachtender Aufbewahrungs-/Löschungsfristen teilweise nicht mehr vorliegen bzw. in der für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu ermitteln sind. Vor diesem Hintergrund sind für die Jahre 2004 bis 2011 keine verwertbaren, aussagekräftigen Angaben zu Anteilen an den insgesamt (befristet) Beschäftigten im Ressort BMJV möglich.

5 Die Angaben sind unvollständig, da die abgefragten Daten infolge zu beachtender Aufbewahrungs-/Löschungsfristen teilweise nicht mehr vorliegen bzw. in der für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu ermitteln sind.

6 Keine Daten ermittelbar für 2004 für 5 Behörden, 2005 für 4 Behörden, 2006 bis 2009 für 3 Behörden, 2010 und 2011 für 2 Behörden, 2012 und 2013 für 1 Behörde. Die Genauigkeit und Belastbarkeit der mit Hilfe verschiedener Personaldatensysteme erhobenen Daten aufgrund der Anwendung datenschutzrechtlicher Bestimmungen (insbes. Löschungsfristen nach Ausscheiden von Beschäftigten) für die Jahre vor 2013 teilweise eingeschränkt ist. Diese Einschränkungen können im Übrigen auch dazu führen, dass frühere Auswertungen zu gleichgelagerten Anfragen zum jetzigen Zeitpunkt für frühere Jahre nicht mehr widerspruchsfrei verifizierbar sind, da die Datenbestände in bestimmten Systemen (z.B. EPOS) insoweit dynamisch angelegt sind. Vor diesem Hintergrund sind keine verwertbaren, aussagekräftigen Angaben zu Anteilen an den insgesamt (befristet) Beschäftigten im Ressort BMWi möglich.

Ernährung und Landwirtschaft ⁷	2005	k.A.	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.	k.A.
	2012	k.A.	k.A.	k.A.
	2013	14	k.A.	k.A.
	Bundesministerium der Verteidigung (ohne militärisches Personal) ⁸	2004	k.A.	k.A.
2005		86	k.A.	k.A.
2006		97	k.A.	k.A.
2007		61	k.A.	k.A.
2008		38	k.A.	k.A.
2009		37	k.A.	k.A.
2010		41	k.A.	k.A.
2011		101	k.A.	k.A.
2012		102	k.A.	k.A.
2013		128	k.A.	k.A.
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ⁹	2004	k.A.	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.	k.A.
	2012	k.A.	k.A.	k.A.
	2013	76	24%	4%
Bundesministerium für	2004	0	k.A.	k.A.

⁷ Keine Daten ermittelbar. Angaben in 2014 betreffen nur das Ministerium, daher ist eine Anteilsberechnung an allen (befristet) Beschäftigten im BMEL nicht sinnvoll möglich. Mangels Rechtsgrund werden diese Daten nicht statistisch erfasst und können daher auch nicht elektronisch ausgewertet werden. Entsprechend der datenschutzrechtlichen Vorgaben liegen nur noch für die Vergangenheit bedingt Personalunterlagen vor. In der Kürze der Rückmeldezeit ist eine umfangreiche Recherche nicht möglich.

⁸ Für das BAPersBW, das den größten Bereich des BMVg-Ressorts abdeckt, waren für 2004 bis 2013 in der zur Verfügung stehenden Zeit keine Angaben möglich. Eine Anzahl der sachgrundlos befristet Beschäftigten kann für die Jahre 2004 nicht und für die Jahre 2005-2010 nicht vollständig genannt werden, da eine Auswertung aus dem Personalwirtschaftssystem der Bundeswehr nicht möglich ist. Die Angaben der Jahre 2005 bis 2010 beziehen sich auf das BSprA. Vor diesem Hintergrund sind keine verwertbaren, aussagekräftigen Angaben zu Anteilen an den insgesamt (befristet) Beschäftigten im Ressort BMVg möglich.

⁹ In der zur Verfügung stehenden Zeit und aufgrund der begrenzten Vorhaltung von Daten im Personalverwaltungssystem EPOS können für einzelne zurückliegende Jahre vor 2013 keine Angaben gemacht werden.

Arbeit und Soziales ¹⁰	2005	1	k.A.	k.A.
	2006	1	k.A.	k.A.
	2007	3	k.A.	k.A.
	2008	3	k.A.	k.A.
	2009	2	k.A.	k.A.
	2010	3	k.A.	k.A.
	2011	75	k.A.	k.A.
	2012	76	k.A.	k.A.
	2013	75	28%	3%
Bundesministerium für Gesundheit ¹¹	2004	6	k.A.	k.A.
	2005	29	k.A.	k.A.
	2006	63	28%	2%
	2007	117	34%	4%
	2008	169	36%	5%
	2009	203	36%	6%
	2010	260	39%	7%
	2011	266	35%	7%
	2012	237	28%	6%
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ¹²	2004	k.A.	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.	k.A.
	2012	k.A.	k.A.	k.A.
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und	2004	k.A.	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.	k.A.

10 Angaben beziehen sich auf den unmittelbaren Bundesbereich. Angaben insgesamt für vergangene Jahre wenig aussagekräftig, da aus datenschutzrechtlichen Gründen Daten zu ausgeschiedenen Beschäftigten oftmals nicht mehr gespeichert und daher in der Beantwortung nicht enthalten sind. Für die Jahre 2004 bis 2010 waren Angaben für das BMAS, BAuA und Bundesversicherungsamt (BVA) nicht ermittelbar. Für die Jahre 2011 und 2012 waren keine Daten für das BVA ermittelbar. Vor diesem Hintergrund sind für die betreffenden Jahre keine verwertbaren, aussagekräftigen Angaben zu Anteilen an den insgesamt (befristet) Beschäftigten im Ressort BMAS möglich.

11 Angaben ohne Befristungen nach WissZeitVG. Für 2004 waren nur Angaben des PEI, für 2005 nur Angaben des PEI, BfArM und RKI ermittelbar. Vor diesem Hintergrund sind für die betreffenden Jahre keine verwertbaren, aussagekräftigen Angaben zu Anteilen an den insgesamt (befristet) Beschäftigten im Ressort BMG möglich.

12 Angaben für die Jahre 2004 bis 2012 können nur durch eine Einzelauswertung der Personalakten gewonnen werden; dies war, weil die Unterlagen nur fünf Jahre nach Ausscheiden der Beschäftigten vorgehalten werden und aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, nicht möglich.

Reaktorsicherheit ¹³	2006	k.A.	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.	k.A.
	2009	163	31%	5%
	2010	191	29%	5%
	2011	172	25%	5%
	2012	174	24%	5%
	2013	213	28%	6%
Bundesministerium für Bildung und Forschung ¹⁴	2004	k.A.	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.	k.A.
	2012	72	k.A.	k.A.
	2013	67	k.A.	k.A.
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ¹⁵	2004	k.A.	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.	k.A.
	2012	k.A.	k.A.	k.A.
	2013	k.A.	k.A.	k.A.

13 Für die Jahre 2004 bis 2008 können keine Angaben gemacht werden. Aus dem Personalverwaltungssystem EPOS können maximal Daten ab 2012 entnommen werden. Daten aus vorangegangenen Jahren sind bereits gelöscht. Für die Angaben ab 2009 wurden die Haushaltsunterlagen der letzten 5 Jahre herangezogen.

14 Zu den Jahren 2004 bis 2011 können keine Angaben gemacht werden. Ob befristete Beschäftigte sachgrundlos oder mit Sachgrund beschäftigt sind, wird im BMBF nicht statistisch erfasst. Die Daten müssten von Hand aus den jeweiligen Personalakten ausgewertet werden. Dies war in der vorgegebenen Zeit nicht möglich.

15 In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit können keine belastbaren Angaben gemacht werden.

Anlage 4

Durchschnittliche Beschäftigungsdauer befristet Beschäftigter in Monaten

	Jahr	bei zeitlicher Befristung	bei sachlicher Befristung
Auswärtiges Amt ¹	2004	Häufig 24 Monate, allerdings gibt es auch viele punktuelle Einsätze von wenigen Monaten, so dass im Ergebnis der Durchschnittswert im AA bei ca. 12 Monaten liegt. Im Deutschen Archäologischen Institut (DAI) im Jahr 2013 bei 6 Monaten.	Allgemein zwischen 24 und 30 Monaten. Im DAI im Jahr 2013 bei 48 Monaten.
	2005		
	2006		
	2007		
	2008		
	2009		
	2010		
	2011		
	2012		
	2013		
Bundeskanzleramt (einschl. BKM und BPA)	2004 (BK)	22	40
	2004 (BKM)	20	18
	2004 (BPA)	8	9
	2005 (BK)	19	39,5
	2005 (BKM)	21	21
	2005 (BPA)	7	7
	2006 (BK)	18,5	40
	2006 (BKM)	19	30
	2006 (BPA)	11	8
	2007 (BK)	17,5	41
	2007 (BKM)	17	21
	2007 (BPA)	8	6
	2008 (BK)	20,5	42
	2008 (BKM)	18	21
	2008 (BPA)	6	10
	2009 (BK)	21	43
	2009 (BKM)	18	17
	2009 (BPA)	9	7
	2010 (BK)	20,5	46,5
	2010 (BKM)	18	24
	2010 (BPA)	8	8
	2011 (BK)	20,5	45
	2011 (BKM)	19	21
	2011 (BPA)	6	6
	2012	*	*
	2013 (BK)	22	46
	2013 (BKM)	19	22
	2013 (BPA)	5	5
Bundesministerium	2004 (Min)	17,25	36,5
	2004 (GB)	18	23
des Innern ²	2005 (Min)	23	28
	2005 (GB)	20	18
	2006 (Min)	22	66
	2006 (GB)	21	18
	2007 (Min)	21,36	65,93

¹ Das IT-gestützte Personalverwaltungssystem im AA ermöglicht keine Auswertung dieser Fragestellung.

² Für die Jahre 2004 bis 2011 sind für BPol keine Angaben möglich, da die Daten nicht vorgehalten wurden und eine zeit- und arbeitsintensive Prüfung zur Erfassung in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich war.

	2007 (GB)	16	15
	2008 (Min)	22,38	53,5
	2008 (GB)	20	20
	2009 (Min)	16,33	44,06
	2009 (GB)	15	25
	2010 (Min)	16	34,92
	2010 (GB)	15	19
	2011 (Min)	20,7	31,75
	2011 (GB)	20	23
	2012	*	*
	2013 (Min)	21	9,5
	2013 (GB)	21	24
	2013 (BPol)	12	15
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ³	2004	15	32
	2005	19	26
	2006	16	24
	2007	19	21
	2008	18	23
	2009	17	22
	2010	16	20
	2011	16	21
	2012	*	*
	2013	19	26
Bundesministerium der Finanzen	2004	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.
	2011	13	22
	2012	*	*
	2013	14	25
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ⁴	2004	24	20
	2005	23	22
	2006	20	23
	2007	21	23
	2008	19	22
	2009	19	22
	2010	20	22
	2011	21	22
	2012	*	*

3 Die Angaben sind unvollständig, da die abgefragten Daten infolge zu beachtender Aufbewahrungs-/Löschfristen teilweise nicht mehr vorliegen bzw. in der für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu ermitteln sind.

4 Keine Daten ermittelbar für 2004 für 3 Behörden, 2005 bis 2009 für 2 Behörden sowie für 2010 und 2011 für 1 Behörde. Die Genauigkeit und Belastbarkeit der mit Hilfe verschiedener Personaldatensysteme erhobenen Daten aufgrund der Anwendung datenschutzrechtlicher Bestimmungen (insbes. Lösungsfristen nach Ausscheiden von Beschäftigten) für die Jahre vor 2013 teilweise eingeschränkt ist. Diese Einschränkungen können im Übrigen auch dazu führen, dass frühere Auswertungen zu gleichgelagerten Anfragen zum jetzigen Zeitpunkt für frühere Jahre nicht mehr widerspruchsfrei verifizierbar sind, da die Datenbestände in bestimmten Systemen (z.B. EPOS) insoweit dynamisch angelegt sind.

	2013	20	25
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ⁵	2004	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.
	2012	*	*
	2013	17	28
Bundesministerium der Verteidigung ⁶	2004	14	k.A.
	2005	14	k.A.
	2006	14	k.A.
	2007	14	k.A.
	2008	14	k.A.
	2009	14	k.A.
	2010	14	k.A.
	2011	19	k.A.
	2012	*	*
	2013	19	k.A.
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ⁷	2004	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.
	2012	*	*
	2013		
		18	24

5 Keine Daten ermittelbar. Mangels Rechtsgrund werden diese Daten nicht statistisch erfasst und können daher auch nicht elektronisch ausgewertet werden. Entsprechend der datenschutzrechtlichen Vorgaben liegen nur noch für die Vergangenheit bedingt Personalunterlagen vor. In der Kürze der Rückmeldezeit ist eine umfangreiche Recherche nicht möglich.

6 Die Ermittlung der Daten zur sachlichen Befristung war in der Kürze der Zeit nicht möglich. Eine Auswertung aus dem Personalwirtschaftssystem der Bundeswehr war nicht möglich, weil Daten zur sachlichen Befristung dort nicht gespeichert sind. Mangels Rechtsgrund werden diese Daten nicht statistisch erfasst und können daher auch nicht elektronisch ausgewertet werden. Entsprechend der datenschutzrechtlichen Vorgaben liegen nur noch für die Vergangenheit bedingt Personalunterlagen vor.

7 In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und der begrenzten Vorhaltung von Daten im Personalverwaltungssystem EPOS können für einzelne zurückliegende Jahre vor 2013 keine Angaben gemacht werden.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales ⁸	2004	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.
	2012	*	*
	2013	22,16	40,7
Bundesministerium für Gesundheit ⁹	2004 (BMGS)	keine Zahlen vorhanden 9 (nur PEI)	keine Zahlen vorhanden 39 (nur PEI)
	2004 (GB) 2004 (RKI)	k.A.	k.A.
	2005 (BMGS)	keine Zahlen vorhanden 9 (nur PEI)	keine Zahlen vorhanden 40 (nur PEI)
	2005 (GB) 2005 (RKI)	16,6	80
	2006 (BMG)	22	18
	2006 (GB)	32 (nur BZgA/PEI)	66 (nur BZgA/PEI)
	2006 (RKI)	20,2	69,4
	2007 (BMG)	26	24
	2007 (GB)	34 (nur BZgA/PEI)	73 (nur BZgA/PEI)
	2007 (RKI)	18	59,2
	2008 (BMG)	24	26
	2008 (GB)	35 (nur BZgA/PEI)	71 (nur BZgA/PEI)
	2008 (RKI)	17,3	38,4
	2009 (BMG)	27	26
	2009 (GB)	34 (nur BZgA/PEI)	73 (nur BZgA/PEI)
	2009 (RKI)	17,7	38,4
	2010 (BMG)	28	35
	2010 (GB)	35 (nur BZgA/PEI)	70 (nur BZgA/PEI)
	2010 (RKI)	18,7	35,8
	2011 (BMG)	29	44
	2011 (GB)	39 (nur BZgA/PEI)	76 (nur BZgA/PEI)
	2011 (RKI)	20,9	34,5
	2012	*	*
	2013 (BMG)	34	52
	2013 (GB)	59 (BZgA/PEI/BfArM)	102 (BZgA/PEI/BfArM)
	2013 (RKI)	19,9	28,5

⁸ Angaben beziehen sich auf den unmittelbaren Bundesbereich. Für die Jahre 2004 bis 2011 waren keine verlässlichen Daten ermittelbar. Die Angaben sind insgesamt für vergangene Jahre wenig aussagekräftig, da aus datenschutzrechtlichen Gründen Daten zu ausgeschiedenen Beschäftigten oftmals nicht mehr gespeichert und daher in der Beantwortung nicht enthalten sind. Angaben für 2013, sachliche Befristung, beziehen sich auf BMAS, BAuA und Bundesversicherungsamt (BVA). Für die Jahre 2004 bis 2011 waren keine verlässlichen Daten ermittelbar. Angaben für 2013 beziehen sich auf BMAS, BAuA und BVA.

⁹ Angaben des RKI ohne Befristungen nach dem WissZeitVG. Angaben für das DIMDI waren auch mit Hilfe des Personalverwaltungssystems nicht möglich, da das System die Befristungsdauer im Statistiktool nicht abbildet.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ¹⁰	2004	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.
	2012	*	*
	2013	20	23
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ¹¹	2004	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.
	2009	22	21
	2010	20	20
	2011	21	21
	2012	*	*
	2013	20	19
Bundesministerium für Bildung und Forschung ¹²	2004	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.
	2012	*	*
	2013	18	33
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ¹³	2004	k.A.	k.A.
	2005	k.A.	k.A.
	2006	k.A.	k.A.
	2007	k.A.	k.A.
	2008	k.A.	k.A.
	2009	k.A.	k.A.
	2010	k.A.	k.A.
	2011	k.A.	k.A.

10 Die Angaben können nur durch eine Einzelauswertung der Personalakten gewonnen werden; dies war aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

11 Für die Jahre 2004 bis 2008 können keine Angaben gemacht werden. Aus dem Personalverwaltungssystem EPOS können maximal Daten ab 2012 entnommen werden. Daten aus vorangegangenen Jahren sind bereits gelöscht. Für die Angaben ab 2009 wurden die Haushaltsunterlagen der letzten 5 Jahre herangezogen.

12 Zu den Jahren 2004 bis 2011 können keine Angaben gemacht werden. Dies bedarf einer händischen Auswertung und ist aufgrund des hohen zeitlichen Verwaltungsaufwandes in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

13 In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit können keine belastbaren Angaben gemacht werden.

	2012	*	*
	2013	k.A.	k.A.

* Hinsichtlich der durchschnittlichen Beschäftigungsdauer befristet Beschäftigter im Jahr 2012 beim Bund insgesamt wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 1. Februar 2013 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu Frage 22 (BT-Drs. 17/12248, S. 8) verwiesen.